

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	11/2019
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	19.11.2019
Zeit:	19:00 Uhr – 22:20 Uhr
Ort:	Ratssaal
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>FW</u> Stadträte Fritsch, Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchter- mann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Harant, Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer, Rupp und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtin Linier und Oehne-Marquard (bis 22 Uhr), Stadträte Hertel, Keller und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p>
weiter anwesend:	Frau Happe, Herr Weiher und Frau Holzer (alle FB 2), Herr Möhrle (FB 3), Herren Robens und Reinhard (beide Kreisforstamt, zu TOPs 2 und 3)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Stephanie Streib, Stadtrat Bergsträsser Stadträtin Oehne-Marquard (ab 22 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträte KH Streib und Anne von Reumont
Sachvortrag:	Herren Robens und Reinhard zu TOPs 2 und 3; Herr Weiher zu TOP 5, Frau Holzer zu TOP 6
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Der Vorsitzende der „Grünen“ Neckargemünd wendet sich im Namen der Klimaschutz-Aktion „Fridays For Future“, die vor einigen Wochen anlässlich einer Freitags-Demonstration einen Forderungskatalog an die Verwaltung übergeben hatte, an den Bürgermeister. Welche der darin aufgeführten Forderungen in Bezug auf die Stadt Neckargemünd hätten es auf die Agenda der Verwaltung geschafft, welchen Zeitplan gebe es?

Der Bürgermeister antwortet, in Anbetracht der in Kürze beginnenden Haushaltsplanungen habe er den Katalog zügig nach Erhalt an den Gemeinderat weitergeleitet. Bei den Entscheidungen für den kommenden Haushalt werde der Gemeinderat stark gefordert sein. Man fange auch nicht komplett bei „Null“ an. Die Stadt habe in den letzten Jahren schon einiges im Klimaschutz getan, was auf den Forderungen zusammengeschrieben sei. So sei etwa der Einstieg in die E-Mobilität durch die Anschaffung von E-Dienstwagen bereits erfolgt. Ganz Neckargemünd werde mit Ökostrom (in der Variante *mit* Nachhaltigkeitsklausel) versorgt. Die Bewirtschaftung der Wiesen in Form von Kräuterwiesen werde vorangetrieben. Insgesamt gebe er der Bewegung „Fridays for Future“ Recht, dass jede/r auf der Welt mehr für den Klimaschutz tun könne. Das gelte sowohl für die Politik als auch für jeden Menschen. Man werde bei den Haushaltsberatungen sehen, welche der Forderungen angepackt werden können, sowohl hinsichtlich der Ressourcen als auch der Finanzen. Wolle man beispielsweise alle städtischen Gebäude energetisch sanieren, müsse man mit 30 – 40 Millionen Euro an Kosten rechnen – das könne man nur über viele Jahre hinweg schaffen. Um die angestrebten Ziele stets im Fokus zu behalten, wolle man künftig auf allen Beschlussvorlagen gesondert aufführen, inwieweit sie sich auf die Ziele „Klimaschutz“ und „Stadtleitbild“ auswirken. Wolle man beim Klimaschutz „Gas geben“, müsse man sich klar sein, dass dann andere Dinge auf der Strecke bleiben müssen.

Ein Mitarbeiter des Stadtmarketing-Arbeitskreises „Barrierefreiheit“ nimmt Bezug darauf, dass das Land Baden-Württemberg kürzlich die Förderung von Verkehrsprojekten deutlich aufgestockt habe. So sollten z.B. Projekte zur Förderung der Barrierefreiheit um 50 % mehr Förderung erhalten können. Inwieweit wolle die Stadt diese Mittel ausschöpfen, und werde die Stadt für die Umsetzung künftig gesondert Mittel bereit stellen?

Er weist zusätzlich darauf hin, dass der Arbeitskreis auch verschiedene kleine Projekte angedacht habe, wie z.B. den Rathauszugang durch elektrische Türöffner und eine behindertengerechte Bedienleiste im Aufzug zu verbessern, oder den Bürgersteig vor der Buchhandlung „Schmitt und Hahn“ mit Teer anzurampen, damit Rollstühle bequemer hochfahren können. Wie solle der Arbeitskreis diese Ideen an die Stadtverwaltung bringen?

Der Bürgermeister antwortet, derzeit sei in der Diskussion, wie man mit dem gewünschten Umbau des Hanfmarktes umgehen wolle. In diesem Zusammenhang sehe er z.B. auch die Idee mit der Anrampung. Auch die Möglichkeit von Bewegungsmeldern und elektrischen Türöffnern sowie einer Nachrüstung des alten Fahrstuhls im Rathaus würden derzeit geprüft. Grundsätzlich solle sich der Arbeitskreis wie bisher an Frau Holzer vom Stadtmarketing wenden, die den Arbeitskreis betreut.

Der Bürger hakt nach, ob die Stadt bezüglich der Barrierefreiheit einen eigenen Fachplaner einsetzen könne.

Der Bürgermeister bezweifelt, dass die Stadt sich das leisten könne. Möglich sei allerdings, fallweise Einzelexpertise einzukaufen. Die Ernennung eines Behindertenbeauftragten sei ebenfalls eine Idee, die bei der Verwaltung auf der Agenda stehe.

Ein Mückenlocher Bürger hat beobachtet, dass in Mückenloch im Laufe des letzten Jahres drei- bis viermal die Straßenbeleuchtung gewechselt worden sei. Koste das der Stadt etwas? Zusätzlich kritisiert er, dass im Zusammenhang mit der Umleitung wegen der Sperrung des Krähbuckels immer mehr Lastwagen durch Mückenloch fahren. Dies sei problematisch, da die Straßen sehr eng sind. Müsse man das dulden?

Der Bürgermeister antwortet, die Stadt befinde sich im letzten Abschnitt der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED. Danach werde das komplette Stadtgebiet über rund 80 % LEDs und Rest Energiesparleuchten beleuchtet. Es habe einige Beschwerden über Standorte gegeben, die nun nicht mehr so gut ausgeleuchtet sind. Das habe die Verwaltung an die Stadtwerke weitergegeben, diese hätten dann nachgerüstet. Grundsätzlich kümmern sich die Stadtwerke sehr gut um Nachbesserungen und seien auch sehr rührig. Jetzt werde grds. die Straße, nicht mehr der Himmel beleuchtet. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung seien inzwischen zu 99 % positiv. Der mehrfache Leuchtmittelaustausch koste die Stadt kein Geld. In der genannten Übergangszeit hätten die Stadtwerke, sofern es mit einer alten Laterne Probleme gegeben habe, als Zwischenlösung vor dem endgültigen Umrüsttermin die defekten Lampen mit Leuchtmitteln aus dem Bestand repariert.

Bezüglich des Durchgangsverkehrs erklärt der Bürgermeister, dass es sich um eine Kreisstraße handle. Hier habe die Stadt keinen Einfluss darauf, was angeordnet werde. Die Verwaltung sei aber gerne bereit, die Beschwerde an den Landkreis weiterzugeben, und sich darum zu kümmern, dass das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Verkehrstagfahrt gesetzt wird.

Ein Rainbacher Bürger beschwert sich massiv über die Qualität der Bewirtung beim Seniorennachmittag des Bohrermarktes. Der Kuchen sei schlecht gewesen, die Portionen zu klein, und möglicherweise hätten manche Senioren lieber Wein und Brezeln gehabt.

Der Bürgermeister antwortet, der Kuchen stamme von einem renommierten ortsansässigen Konditor. Insgesamt habe es keine ernst zu nehmenden Klagen über die Bewirtung gegeben, es sei die erste Klage, die er höre. Die Stadt hätte in früheren Jahren Bons verteilt, inzwischen umgestellt, so dass die Senioren unbegrenzt viel Kaffee und Kuchen hätten nehmen können. Insgesamt habe sich dieses Jahr der Festzeltbetrieb als voller Erfolg erwiesen. Man halte in jedem Jahr eine verwaltungsinterne Nachlese zum Bohrermarkt, aber die geäußerte Beschwerde sei wirklich ein Einzelfall, der voraussichtlich zu keiner Änderung für die Zukunft führen werde.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 10/2019 vom 22.10.2019**

1.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 9/2019 vom 22.10.2019 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:**

-

3: **Waldhaushalt 2020**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Robens erläutert die Zahlen für 2018 anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Zusätzlich ergänzt er: Der Winter 2017/2018 sei sehr nass gewesen, so dass das zum Teil schon eingeschlagene Holz nicht im gleichen Jahr habe gerückt werden können. Daher die „Unwucht“ im Bereich Holzeinschlag der vergangenen zwei Jahre. Insgesamt auf den Betrachtungszeitraum von 3 Jahren gesehen käme man aber auf fast exakt das richtige Maß. Wichtig sei, die Menge der „zufälligen Nutzungen“, also unplanmäßige Holzeinschläge, zu betrachten, die von der Natur aufgezwungen würden. So sei ein relativ hoher Anteil der Fichtennutzung, rund 30 %, auf Sturm und Borkenkäferbefall zurückzuführen gewesen. Im Bereich Laubbäume habe das Eschentriebsterben für weitere zufällige Nutzungen gesorgt, sowie das Absterben ältere Buchen. Ein Grund für die höheren Ausgaben und geringeren Einnahmen sei, dass man bei der im Jahr 2017 erfolgten Planung für 2018 noch nichts vom Zusammenbrechen des Holzmarktes habe wissen können. Teilweise seien für 2018 eingeplante Zahlungen erst 2019 kassenwirksam geworden. Auch die Käferholzaufarbeitung von Hand sei sehr kostenintensiv. Ebenso sei ein Vollerntereinsatz vom Herbst 2018 erst im Frühjahr 2019 bezahlt worden. Schutzmaßnahmen gegen Wildverbiss und Borkenkäfer hätten ebenfalls für einen Mehraufwand gesorgt.

Er verweist darauf, dass die Forsteinrichtungs-Erneuerung den Hiebsatz deutlich gesenkt habe, daher seien die Einnahmemöglichkeiten gesunken. Schließlich sei der Holzverkauf, die einzige Einnahmequelle, insbesondere bezüglich des Fichtenholzes zusammengebrochen, bedingt durch die extreme Trockenheit 2018. Diese habe in ganz Mitteleuropa zu Markt- und Absatzproblemen geführt, so dass das Neckarge-münder Holz nicht mehr in die Nähe exportiert werden könne.

Ergänzend zu den 2019er-Zahlen in der Präsentation seien derzeit bereits 5.650 Festmeter Holz eingeschlagen worden, der ursprünglich angepeilte Planwert werde erreicht. Auch in diesem Jahr habe es durch Borkenkäfer, Trockenheit und Sturm einiges an zufälligen Einschlügen gegeben.

Herr Reinhard ergänzt die Zahlen für 2020. Etwa mehr als das Übliche sei an Holzeinschlag geplant. Grundsätzlich werde nie „ohne Rücksicht auf Verluste“ eingeschlagen, sondern vor jedem Hieb werde eine Einzelerhebung gemacht. Das hohe Defizit sei sehr ärgerlich, aber auf den schlechten Holzmarkt zurückzuführen. Vor allem im Vergleich mit dem Vorjahrzehnt werde deutlich, wie sich die Verringerung des Hiebsatzes in der Forsteinrichtung auswirke. Zusätzlich werde inzwischen weniger Jagdpacht eingenommen, da diese anders verbucht werde, und man müsse vermehrt Unternehmerleistungen einkaufen, da die altgedienten Waldarbeiter körperlich geschont werden müssen. Wenn man die Einnahmen nicht steigern könne, müsse man theoretisch bei den Ausgaben etwas einsparen, aber auch das sei nach genauer Prüfung aller Posten nicht möglich. Vermutlich werde es die nächsten Jahre nicht besser werden, es sei denn, der Holzmarkt verbessere sich. Dies sei aber wetterabhängig. Positiv sei jedoch, dass Neckargemünd vom gesamten Fichtenvorrat nur rund 2 % verloren habe. Momentan mache die Pilzkrankheit „Schleimfluss“ den Buchen zu schaffen. Aufgrund der Trockenheit seien die Bäume geschwächt.

Der Bürgermeister hält fest, dass der Wald bei den beiden Förstern in besten Händen sei. Das Defizit müsse man als Beitrag zur Walderholungsfunktion sehen.

3.2: **Beratung:**

Die Sprecher aller Fraktionen danken den beiden Förstern sowie den Waldarbeitern für ihre hervorragende Arbeit.

Stadtrat Rehberger kann die wehmütigen Erinnerungen an das Vorjahresjahrzehnt nachvollziehen. Damals sei die Situation noch besser gewesen. Allerdings sei der Wald nicht nur ein Wirtschaftsfaktor. Dass er auch touristische und Erholungsfunktion hat, müsse dem Gemeinderat etwas wert sein, entsprechend müsse man sich das auch etwas kosten lassen. Den Freien Wählern sei der Wald entsprechend wertvoll. Der Wald sei ein „Naturprodukt“ – es gebe viele zufällige Nutzungen, andererseits helfe sich der Wald auch selbst. Sorge bereiten die zunehmend heißen und trockenen Sommer. Hier müssten die Förster gut reagieren und Vorsorge treffen, denn das Klima werde sich nicht in eine andere Richtung entwickeln. Man werde umdenken müssen und andere Baumarten pflanzen. Er möchte abschließend noch wissen, ob es in Anbetracht der Borkenkäferproblematik künftig keine Fichten mehr im Neckargemünder Wald geben werde.

Hierauf antwortet Herr Robens, man werde die Fichte nicht komplett verlieren, müsse sie künftig aber anders behandeln, etwa sie einzeln oder in kleinen Trupps zwischen Laubbäumen setzen.

Stadtrat Katzenstein trägt vor, der Wald habe für die Grünen viele Funktionen: Wirtschaftsfaktor für die Stadt, Erholungsraum für die Menschen, Lebensraum für die Tiere, zusätzlich einen klimarelevanten Faktor, da er kühlt und eine CO₂-Aufnahmestelle ist. Finanzielle Aspekte hätten nicht die größte Priorität. Er möchte

wissen, ob der Neckargemünder Wald nach PEFC („Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“) zertifiziert sei, und was es kosten würde, den Wald nach FSC („Forest Stewardship Council“) zertifizieren zu lassen.

Herr Robens erklärt, diese beiden Standards unterscheiden sich in der Zusammensetzung der Konsortien: bei PEFC seien es die Waldbesitzer, und es würden Stichprobenartige Kontrollen gemacht. Bei der FSC-Zertifizierung seien darüber hinaus auch die Umweltverbände und Gewerkschaften beteiligt, und es gäbe jährliche Kontrollen. Vom Anforderungsprofil hätten sich beide Standards einander angenähert. Der wesentliche Unterschied sei die Kontrolldichte. Nach FSC zertifizierte Forstbetriebe hätten eine sehr stark ausgeprägte Dokumentationspflicht, daher sei der Aufwand, auch bürokratischer Art, viel höher. Die genauen Kosten habe er nicht auswendig im Kopf, sie liegen aber höher als die der PEFC-Zertifizierung.

Herr Reinhard ergänzt, das FSC-Siegel sei mittlerweile etwas in Verruf geraten, da in verschiedenen Ländern unterschiedliche Kriterien angesetzt würden. Mit der PEFC-Zertifizierung habe man bisher sehr gute Erfahrungen gemacht. Bei der letzten Überprüfung, die weniger als 5 Jahre zurück liegt, habe es keine einzige Beanstandung gegeben.

Stadträtin Oppelt dankt zusätzlich auch für die anschauliche Waldbegehung. Sie möchte wissen, ob für den Wald inzwischen weitere Paten dazugewonnen werden konnten.

Herr Reinhard antwortet, inzwischen gebe es 25 Waldpaten in seinem Revier. Es handle sich um ein Pilotprojekt, das im Erfolgsfall ausgeweitet werden könnte. In Neckargemünd sei man mit Paten gut abgedeckt, lediglich in Gaiberg gebe es noch einige „weiße Flecken“. Beim Waldpatenprojekt gehe es darum, sein Stück Wald 1 x die Woche für 1 Stunde zu besuchen und zu schauen, ob die Bäume vom Borkenkäfer befallen sind. Es sei auch denkbar, dass mehrere Leute gemeinsam eine Waldpatenschaft übernehmen. Er nehme gerne weitere Interessenten in seine Liste auf.

Stadtrat Schimpf nimmt Bezug auf die aktuelle Berichterstattung in den Medien. Es sei gut, dass manches darin Angeprangerte auf Neckargemünd nicht zutrifft, z.B. die Monokulturen. Auch sei der Schutz des Waldtraufs durch Sträucher seit Jahren in Neckargemünd Thema. Er möchte wissen, ob es zutrifft, dass es, wie im „Spiegel“ berichtet werde, mehr Wald bei uns gebe als gebraucht wird, und ob die Chinesen weiterhin Buchenholz aus dem Neckargemünder Revier kaufen.

Herr Robens antwortet, der Holzexport nach China werde nach wie vor weiterbetrieben; es handle sich um rund 1/3 des Buchenstammholzeinschlags. Man erziele beim Verkauf nach China deutlich höhere Preise als beim Inlandsverkauf, zusätzlich gebe es in Deutschland nicht viele Werke, die Buchenholz brauchen. Hinsichtlich der Holzmenge: jeder Deutsche verbrauche rund 135.000 Kubikmeter Holz pro Jahr, was bedeute, dass man 53 % des Brauchholzes einführen müsse. Insgesamt sei der Wald in Deutschland eher mehr geworden. Da im Zusammenhang damit jedoch auch Offenland wie Wiesen zugepflanzt werde, das wiederum anderen Tieren als Lebensraum diene, wollen die Naturschutzverbände die Aufforstung nicht weiter fördern.

Auch Stadtrat La Licata ist der Auffassung, dass das Defizit zwar nicht schön sei, der Wald es allerdings wert sein sollte.

Stadtrat Fritsch fragt, wieviel Wald auf einen Bürger komme, und ob die Aufgabenbereiche „Öffentlichkeitsarbeit und Bildung“ zusätzlich Geld kosten.

Herr Robens verweist diesbezüglich auf die Zahlen des Statistischen Landesamtes. Der Bürgermeister ergänzt, Neckargemünd habe insgesamt ca. 1.256 ha Wald, was 48 % der Gemarkungsfläche entspricht.

Herr Reinhard erklärt, dass die genannten Aufgabenbereiche, die von ihm erbracht werden, keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Stadträtin Groesser überlegt angesichts des schlechten Holzmarktes, ob es nicht sinnvoll sei, den Hieb zu strecken, in der Hoffnung, dass sich die Situation bessert.

Herr Robens verneint das, denn man müsse die weitere Ausbreitung des Borkenkäfers verhindern.

Stadtrat Wachert fragt, ob man Holzpellets, eigentlich ein Abfallprodukt, selbst produzieren solle.

Herr Robens antwortet, dies sei nicht sinnvoll. Die Spitzen der Fichten gingen in diese Verwertung, aber es werde bereits deutlich über Bedarf produziert.

Stadtrat Wagner nimmt Bezug auf den Anteil an Schadholz, der sich von 12 % 2018 auf 19% 2019 erhöht habe. Werde sich das künftig im Zusammenhang mit dem Klimawandel noch deutlich verschärfen? Könne man dem Borkenkäfer mit biologischen Fallen beikommen, oder müssten befallene Bäume tatsächlich gefällt werden?

Herr Robens antwortet, man müsse nicht unbedingt den Klimawandel für die Schäden verantwortlich machen. Vor allen Dingen habe es am trockenen Sommer 2018 gelegen. Es werde vom Wetter des nächsten Frühjahrs abhängen, ob die Schäden weiter zunehmen. Pheromonfallen würden nicht ausreichen, um die Borkenkäferplage einzudämmen, denn bei einer Massenvermehrung reichten sie nicht aus.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt 2020 einstimmig zu wie folgt:

Produkt 5550, Forstwirtschaft

Sachkonto	Erträge	Betrag in EUR
34210000	Erträge aus Verkauf	269.400
34210100	Vermischte Erträge mit Steuer	<u>11.100</u>
		280.500

Sachkonto	Aufwendungen	
40000000	Personalausgaben	117.600
42710100	Ernte von Forsterzeugnissen	145.500
42710200	Kulturen	3.400
42710300	Forstschutz	6.300
42710500	Erschließung	16.000
42710600	Sozialfunktion	500
42220000	Maschinen und Fuhrpark	8.800
44410000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	12.000
44520000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	<u>60.000</u>
		370.100

4: Forstneuorganisation

- Vertrag zur Übernahme von Tätigkeiten im forstlichen Revierdienst im Körperschaftswald
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgabe des körperschaftlichen Holzverkaufs auf den Landkreis Rhein-Neckar

4.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Robens erklärt die Thematik anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Er fasst zusammen, dass das gesamte Forstwesen auf neue rechtliche Füße gestellt worden sei. Der Staatswald sei aus dem Gefüge gelöst worden. Es gebe zwei Nachfolgeorganisationen, die Anstalt öffentlichen Rechts „Staatswald“ und das Kreisforstamt, für den Kommunal- und Privatwald. Es müssen komplett neue Strukturen gebildet werden, was intern enorme Arbeit im Verwaltungsbereich bedeutet habe. Ein sehr positiver Aspekt: das Revier von Herrn Reinhard sei das einzige im Rhein-Neckar-Kreis, das unverändert erhalten bleibe.

4.2: Beratung:

Stadtrat Rehberger, wie nachher alle Redner, zeigt sich sehr erfreut, dass Herr Reinhard unverändert als Revierförster erhalten bleibe. Was der Gesetzgeber mit seiner Reform bezwecke, sei nicht unbedingt positiv für die Waldbesitzer. Ohne Not würden nun funktionierende Strukturen zerschlagen. Damit werde man leben müssen. Man wolle auf jeden Fall den bewährten Revierförster behalten. Die Freien Wähler stimmen der Vorlage einstimmig zu.

Stadträtin Groesser spricht sich ebenfalls zustimmend aus. Sie möchte wissen, was die Formulierung „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kreistag“ im Beschluss bedeute. Müsse man befürchten, dass es noch anders kommt?

Dies verneint der Bürgermeister.

Stadträtin Oppelt sieht es als Glück im Unglück an, dass die Herren Reinhard und Robens verantwortlich bleiben werden.

Stadtrat Schimpf erinnert daran, dass es die Sägewerksbranche gewesen sei, die auf die Änderungen gedrängt habe, weil sie günstiger an das Holz kommen wollte. Sei das nun nicht ein gewisser Schuss ins eigene Bein geworden? Das Verhalten der Gemeinden habe dazu geführt, dass in puncto Wald künftig nicht mehr der Holzverwertungsaspekt allein zähle. Die SPD werde zustimmen.

Stadtrat La Licata schließt sich den Vorrednern an.

Stadtrat Konrad überlegt, ob es nicht sinnvoller sei, das geschlagene Holz zurückzuhalten und auf bessere Jahre zu hoffen, wenn es sich nicht lohne, gegenwärtig zu verkaufen.

Herr Robens erklärt, dass Holz ein verderbliches Gut sei, daher nicht lagerfähig. Wenn möglich plane man so, dass man auf die Marktgegebenheiten reagieren könne.

Stadträtin Geißler möchte die künftigen Kosten für die Beförderung erklärt haben.

4.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Abschluss des Vertrags zur Übernahme von Tätigkeiten im forstlichen Revierdienst im Körperschaftswald zu.

2. Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgabe des körperschaftlichen Holzverkaufs auf den Landkreis Rhein-Neckar zu.

5: **Mittagsverpflegung Kita Wiesenbacher Tal – Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Weiher erklärt die Vorlage.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert erkundigt sich, warum es bisher keine vertraglichen Vereinbarungen gegeben habe. Grundsätzlich wirke eine 25%-ige Erhöhung erst einmal hoch, aber ein Preis von 3,50 € pro Essen sei in Ordnung. Was passiere mit den 73 ct, die die Stadt pro Kind und Monat über die kalkulierten Kosten hinaus einnehme?

Der Bürgermeister antwortet, die Verwaltung habe entschieden, einen gerundeten Betrag zu verlangen. Die 73 ct fließen jeweils in den städtischen Haushalt.

Herr Weiher erklärt, die SRH versorge die Kita Wiesenbacher Tal schon seit rund 10 Jahren gemäß einer mündlich getroffenen Absprache. In all den Jahren sei der Preis nie angepasst worden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es grundsätzlich immer besser sei, die Gebühren häufiger anzupassen als in großen Zeiträumen, die dann immer einen Gebührensprung bedeuten.

Stadtrat Konrad möchte wissen, welche Begründung die SRH für die Kostensteigerung liefere, und ob die Beträge für die Verpflegung pauschal mit den Kindergartengebühren mit abgebucht würden. Seien Alternativen zur Versorgung durch die SRH geprüft worden, ebenso die Qualität?

Herr Weiher antwortet, die SRH verweise auf gestiegene Personalkosten. Die Teilnahme am gemeinsamen Mittagessen sei in der Kita verbindlich. Die SRH sei vor allem wegen der räumlichen Nähe zur Kita gewählt worden. Die Kinder können in wenigen Minuten von der Kita bis zur SRH-Mensa laufen, außerdem gebe es in der Kita selbst keine Räumlichkeiten für das Essen, so dass ein externer Caterer ausscheide. Die Kita Wiesenbacher Tal sei die einzige, die Mittagessen anbietet.

Stadträtin Linier erkundigt, ob 3,50 € für ein Essen auch bei anderen Institutionen, die nicht von der SRH bedient werden, die Norm seien.

Herr Weiher führt aus, die SRH habe in den vergangenen Jahren nicht strikt geprüft, mit welchen Kunden schriftliche Verträge bestehen, und ob die Kosten erhöht werden müssten.

Der Bürgermeister erläutert, im Schulzentrum werde das Mensa-Essen, das die SRH anbiete, von der Stadt subventioniert. Die SRH müsse bei der Kita anders kalkulieren, da die SRH-eigenen Räume für das Essen genutzt werden.

Auch Stadtrat Hertel hat Bedenken und empfindet die Steigerung als enorm. Manbürde den Eltern immer höhere Kosten auf. Er habe bei Nachfragen erfahren, dass Mannheim in seinen städtischen Betreuungseinrichtungen 55,- € / Monat verlange, Eppelheim 60,- €, Heidelberg 64,-€. Dass es in Neckargemünd so viel mehr kosten solle, sei schwer vermittelbar. Wenn man sich jetzt vertraglich an die SRH binde, sei es kein gutes Zeichen, wenn dann auch noch der Preis aufgeschlagen werde. Die SRH habe vielmehr Vorteile davon, dass die Kinder in die Mensa gehen und nicht beliefert werden müssen.

Der Bürgermeister fragt, welche Alternative man sich vorstellen könne. Auch wenn man beginnen wolle, das Kita-Essen zu subventionieren, müssten die Kosten ja doch erbracht werden, allerdings aus dem Stadtsäckel. Wenn man auf die vergangenen 10 Jahre kalkuliere, in denen nicht erhöht wurde, käme es eigentlich auf eine 2,1 %-ige Erhöhung jedes Jahr heraus. Der Vergleich mit anderen Einrichtungen sei schwierig, da man die Kalkulation nicht kenne.

Stadträtin Groesser fragt, wie lange die Laufzeit des Vertrages gelten solle. Enthalte der Vertrag auch qualitative Festlegungen, etwa Bio-Lebensmittel? Zusätzlich möchte sie wissen, ob es möglich wäre, dass Kinder nicht bezahlen müssen, wenn sie wegen Krankheit die Kita nicht besuchen können.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Eltern in den letzten Jahren eigentlich etwas gespart hätten. Der Verwaltungsaufwand für eine taggenaue Abrechnung sei so hoch, dass es günstiger wäre, stattdessen bei einer Subventionierung zu bleiben. Insgesamt würden die Kosten der Kinderbetreuungseinrichtungen überall nach gewissen Pauschalen abgerechnet, da man verschiedene Dinge vorhalten müsse. Man könne den Kitabesuch nicht wie den Kauf einer Fahrkarte behandeln.

Herr Weiher erklärt, im Vertrag sei keine Klausel hinsichtlich Biokost vorgesehen, er könne diesbezüglich nochmals nachfragen.

Für Stadtrat Dr. Rothe ist ein Essenspreis von 3,50 € durchaus in Ordnung. Für weniger könne man kaum gesundes Essen anbieten. Wenn man einen Caterer nehme, müssten die Eltern vermutlich noch mehr bezahlen.

Stadträtin von Reumont sieht es ähnlich – 3,50 € seien nicht zu viel, wenn davon gut gekocht werde. Hinsichtlich der Qualität könne man sich gewiss darauf verlassen, dass sich die Eltern melden, wenn sie nicht zufrieden seien. Es sei nicht vorhersehbar, ob ein Kind krank wird – das Essen müsse man dennoch vorhalten. Bei einer taggenauen Abrechnung würde man möglicherweise die erforderliche Anzahl an Essen

nicht hinbekommen. Das gemeinsame Essen, bei dem jede/r das Gleiche bekomme, habe eine soziale Funktion, und sichere auch, dass alle Kinder etwas Warmes in den Bauch bekommen.

Stadtrat Konrad hält dagegen, dass es durchaus Modelle gebe, bei denen die taggenaue Abrechnung funktioniert. Beispielsweise könne man im katholischen Kindergarten die Kinder taggenau abmelden– es gebe weder Verwaltungsaufwand noch Mehrkosten.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die SRH die Kosten für den Verwaltungsaufwand nicht übernehmen würde – darauf würde die Stadt sitzen bleiben. Es sei eine politische Frage, welchen Preis man pro Essen nehmen wolle. Sofern der Gemeinderat eine taggenaue Abrechnung wolle, würde er die Vorlage zurückziehen.

Stadtrat Dr. Rothe möchte wissen, wie viele Kinder in der Kita Wiesenbacher Tal betreut werden. Er erhält die Antwort: 80 Plätze seien derzeit besetzt, der Rest würde dieses Jahr noch belegt. Im kath. Kindergarten, mit seinen 2 Gruppen und 1 Zweijährigenengruppe, gebe es 55 Plätze. Daraufhin führt er aus, je kleiner eine Einrichtung sei, desto leichter könne man auf Einzelne reagieren.

Herr Weiher ergänzt, Ganztagsbetreuung mit verbindlichem Mittagessen gebe es nur in der Kita Wiesenbacher Tal.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, bei 15 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen, die Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen in der Form, dass der monatliche Bezugspreis des Mittagessens auf 73,- € pro Kind steigt, und deren Anwendung zum nächstmöglichen Zeitpunkt, wenn möglich bereits zum 01.12.2019.

6: **Touristische Wegweisung durch Neckargemünd**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Frau Holzer erklärt die Vorlage mittels einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

6.2: **Beratung:**

Die Redner aller Parteien begrüßen, dass die touristische Wegweisung auf den Weg gebracht werde; dies sei ein längst überfälliger Schritt. Es werden zahlreiche Ergänzungsvorschläge gebracht:

- Standort Brückenkopf Kleingemünd
- Aufnahme der Parkplätze mit Namen, Anzahl und Wegführung
- Aufnahme der Vereinsgelände an der Schwimmbadstraße
- Standort Sportgelände
- Aufnahme Sehenswürdigkeiten, wie das Museum

Aufnahme Toiletten
 Anbringen von Stadtplänen in „barrierefreier“ Höhe
 Alternative Lösung zur Anbringung von Stadtplänen an einen Mast suchen
 Eisenbahnbrücke einbeziehen, weil da der Radweg vorbeiführt
 Einbeziehung der Ortsteile und ihrer Besonderheiten
 Standort Campingplatz
 Standort beidseits des Bahnhofs
 Aufnahme des Schwimmbads
 Aufnahme der Neckarriedkopfhütte, sobald bewirtschaftet

Der Bürgermeister rät dazu, im ersten Aufschlag die touristische Wegweisung wie in der Vorlage vorgeschlagen zu machen, und damit zunächst Erfahrungen zu sammeln, anschließend weitere Standorte und Inhalte umzusetzen. In den Ortsteilen sollte man sich Gedanken machen, welche Standorte und Ziel man haben wolle, damit diese in einem zweiten Aufschlag mitgemacht werden können.

Stadtrat Hertel findet es wichtig, dass man nach der Umsetzung auch die Besucher befragt, ob sie zufrieden mit der Beschilderung sind. Er hält es für sinnvoller, das Thema „Parken“ getrennt zu sehen, denn für Schilder, die ein Autofahrer im Vorbeifahren sehen sollte, bräuchte es andere Größen als für Fußgänger oder Radfahrer. Auch sollte man beachten, in die Altstadt nicht zu große Schilder zu bringen.

Den Bedenken hinsichtlich eines Parkleitsystems stimmt auch Stadtrat Katzenstein zu.

Stadträtin von Reumont möchte wissen, ob sich die Restaurants, die auf den Schildern beworben werden, an den Kosten beteiligen.

Stadtrat Wachert denkt in ähnliche Richtung: evtl. könne man Firmen ansprechen, die Patenschaften für die Pfosten übernehmen (ggf. Firmenlogos oben auf die Pfosten anbringen). So könne man kostengünstiger noch mehr Standorte realisieren.

Stadtrat Konrad nimmt Bezug auf die Erwähnung des Stadtleitbilds in der Vorlage. Unter dem gleichen Hauptthema stehe Ziel 22, „Stadt am Fluss“. Welcher Planungsstand bestehe hierfür bei der Stadt?

Der Bürgermeister führt aus, um dieses Ziel zu erfüllen, müsse man zunächst den Neckarlauer autofrei bekommen.

Frau Holzer ergänzt, auch das Thema „Gästeliegeplätze“ beschäftige die Verwaltung. Eine Umsetzung sei vielschichtig und teuer.

22 Uhr, Stadträtin Oehne-Marguard verlässt die Sitzung.

Der Bürgermeister hält nichts von Werbung auf einer touristischen Wegmarkierung. Es könne der Eindruck entstehen, die Stadt könne sich noch nicht einmal die Wegweisung leisten. Möglicherweise wäre es sinnvoller, mit den gastronomischen Betrieben zu sprechen und nach einer Beteiligung zu fragen. Das sei aber nur dann denkbar, wenn es viele Betriebe gebe. Sofern es, wie in den Ortsteilen, etwa nur ein einziges

Lokal gebe, sei das ungerecht. Man solle die Ausgaben eher als Wirtschaftsförderung sehen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig, in der Kernstadt Neckargemünd eine touristische Wegweisung zu erstellen. Es sollen in einem ersten Aufschlag 11 Pfähle gestellt werden. Dabei sind die neun in der Vorlage aufgeführten Standorte zu realisieren, ergänzt um die Standorte Friedensbrücke und Eisenbahnbrücke. Die Art der Beschilderung wird als Geschäft der laufenden Verwaltung definiert und der Verwaltung übertragen. Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, die Ortsteil-Verwaltungen um zeitnahe Meldung des Bedarfs in den Ortsteilen zu bitten.

7: **Sanierungskonzept Freibad – Auftragsvergabe Filter**

Der Bürgermeister erläutert, bei der Verwaltung sei kurzfristig am gestrigen Abend eine Bebilderung (siehe Anlage) des Vorfilters angekommen. Er habe diese per E-Mail an die Gemeinderäte verteilen lassen. Dies sei aber zu wenig, um eine Entscheidung des Gemeinderates herbeizuführen. Im Zweifelsfall wolle er die Maßnahme lieber eine Saison schieben, sollte die Realisierung bis zur nächsten Badesaison nicht mehr möglich sein, als überstürzt zu handeln. Das Bad sei in den vergangenen Jahren sehr gut gelaufen, und es gebe keinen Grund zur Annahme, dass es 2020 anders sein würde.

8. **Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern gemeinderätlicher Ausschüsse:
Ergänzungswahlen für den Partnerschaftsausschuss**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

8.2: **Beratung:**

Es wird Einigung erzielt, dass der Vorschlag der „Grünen“ entsprechend umgesetzt werden soll.

8.3: **Beschluss:**

Im Wege der Einigung wählt der Gemeinderat durch offene Akklamation einstimmig folgende Ausschuss-Besetzung der Fraktion „Die Grünen“ im Partnerschaftsausschuss.

Grüne	ORin Alexandra Inama-Knäblein	StRin Heike Geißler
	StRin Ilka Schlüchtermann	StR Felix Konrad
	Thomas Schmitz Batzenhäuselweg 33	StRin Petra Groesser

	StRin Selina-Zoë Weber	StRin Dr. Nele Welter
als Sachkundige wi- derruflich berufen (Grüne)	1) Désirée Endler, Schützenhausstr. 9 2) Petra Kohl, Tourist Info	

- 9: **Gemeinsamer Gutachterausschuss mit der Stadt Sinsheim:
Wahl der Neckargemünder Vertretung für den Gutachterausschuss ab 01.01.2020**
- 9.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 9.2: **Beratung:**
Es gibt keine Wortmeldungen.
- 9.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat beschließt einstimmig, der Stadt Sinsheim Frau Manuela Erles, derzeit amtierende 2. Vorsitzende des Gutachterausschusses im Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd, als Neckargemünder Gutachterin zur Berufung in den gemeinsamen Gutachterausschuss, neu ab 01.01.2020, vorzuschlagen.
- 10: **Mitteilungen und Anfragen**
- 10.1: **Gemeinderatssitzung in den Ortsteilen**
Stadtrat Rehberger regt an, die in früheren Jahren bestandene Praxis, Gemeinderatssitzungen auch einmal in den Ortsteilen durchzuführen, wieder aufzunehmen.
- 10.2 **Sachstand Einrichtung Anruf-Sammeltaxi Hollmuth**
Stadtrat Katzenstein erkundigt sich nach dem Sachstand.
Der Bürgermeister will die schriftliche Beantwortung der Anfrage nachreichen.
Stadtrat Rupp bietet seine Hilfe an. Er sei bereit, auch Touren zu fahren.
Der Bürgermeister dankt ihm, allerdings dürften nur zugelassene Taxen mit Personenbeförderungsschein solche Fahrten übernehmen.
- 10.3 **Geänderte Fährzeiten**
Stadträtin Groesser erkundigt sich nach dem Sachstand.
Der Bürgermeister will das Thema beim nächsten „jour fixe Fähre“ ansprechen und die Frage im Dialog mit allen Beteiligten klären.
- 10.4 **Ergebnisse der Verkehrszählung**
Stadträtin Groesser erkundigt sich nach dem Sachstand.
Der Bürgermeister antwortet, die Besprechung sei neu terminiert worden. Wenn möglich, wolle man die Ergebnisse noch im Dezember im Gemeinderat präsentieren, ansonsten im Januar 2020.

- 10.5 **Sachstand Edeka und Fitness-Center**
Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand. Lt. dem Bürgermeister gibt es nichts Neues; das Baugenehmigungsverfahren sei noch am Laufen.
- 10.6 **Einladungen zum Hauptausschuss der Feuerwehr**
Stadträtin von Reumont moniert, sie habe keine Einladung bekommen.
Der Bürgermeister verweist darauf, dass die Einladungen Sache der Feuerwehr sind. Er sei aber gern bereit, beim Stadtbrandmeister nachzufragen.
- 10.7 **Fördermöglichkeiten im Landesverkehrsfinanzierungsgesetz**
Stadtrat Katzenstein berichtet zum Sachstand: das Landesverkehrsfinanzierungsgesetz enthalte inzwischen einige gute Neuerungen, die Verwaltungsvorschrift dazu lasse noch etwas auf sich warten. Zusätzlich zur bisherigen 50 %igen Förderung der Investitionen würden künftig 10 % der Planungskosten gefördert, und man könne bis zu 75% der Maßnahme fördern lassen, wenn sie dem Klimaschutz oder der Barrierefreiheit diene.
Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass man meist viel Geld in die Hand nehmen müsse, um Förderung zu bekommen, daher sei das Mindestvolumen der geförderten Investitionen wichtig.
- 10.8 **„Tempo 30“ auf der Bahnhofstraße und Ortsdurchfahrt Kleingemünd**
Der Bürgermeister informiert, innerhalb der nächsten 2 Wochen werde mit dem Büro Koehler + Leutwein eine Besprechung zur Lärmaktionsplanung stattfinden. Er habe die Verkehrsplaner um Prüfung gebeten, ob durchgängig die Anordnung von 40 km/h möglich wäre, denn einen „Flickenteppich“ von Zone 30 – Zone 50 wolle man den Verkehrsteilnehmern nicht zumuten.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
 Stadtrat KH Streib

Die Schriftführerin

Stadträtin Anne von Reumont